

agw ad hoc-AG Drohnen
15.05.2025 bei EGLV in Essen

J. Schäfer-Sack, Arbeitsgemeinschaft der Wasserwirtschaftsverbände (agw)



TAGESORDNUNG

0. Begrüßung durch Herrn Prof. Dr. Nafo (Geschäftsbereichsleiter Grundlagen und Entwicklung bei EGLV)
1. Ergebnisbericht der letzten Sitzung, Ergänzungen zur Tagesordnung
2. Nachbereitung Webinar und Vorbereitung Termin Behördenvertreter
 - a) Austausch und Feedback zu Webinar
 - b) Diskussion zu weiterem Vorgehen / Abstimmung gemeinsames Positionspapier
 - c) Vorbereitung Termin mit Behördenvertretern
3. Austausch und Diskussion zu Hardware/Software
4. Verschiedenes
 - a) Neuer Termin

Neue von-Leyen-Kommission 2024-2029 setzt Schwerpunkt auf Industrie- und Wirtschaftswachstum:

- **Clean Industrial Deal:** Maßnahmenpaket mit dem Ziel der stärkeren Förderung energieintensiver Branchen (100 Mrd. €) hin zu mehr grüner Technologie (darin Bürokratieabbau, kritische Rohstoffe, REACH Vereinfachung).
- **Omnibus-Paket:** Vereinfachung durch Entschlackung von CSRD (Nachhaltigkeitsberichterstattung, Taxonomie VO, LieferkettenVO und CO2 Grenzausgleichssystem).
- **Europäischer Blauer Deal:** Aktuell Wasserresilienzstrategie in Vorbereitung. agw hat sich mit Stellungnahme beteiligt. Erste Stakeholderanhörungen haben stattgefunden; derzeit Erarbeitung Strategie; Vorlage Q2/2025 geplant. Vorbereitung eines Berichtes zur Wasserresilienz.

EU-Kommission – Verwaltung

- Kommissare /Kommissarinnen: Wopke Hoekstra (Klima, Netto-Null-Emissionen, sauberes Wachstum), Jessika Roswall (Umwelt, resiliente Wasserversorgung, wettbewerbsfähige Kreislaufwirtschaft), Christophe Hansen (Landwirtschaft und Ernährung), Teresa Ribera (Sauberer, gerechter und wettbewerbsfähiger Übergang, Green Deal)

EU-Parlament

- Ausschüsse konstituiert und haben Arbeit aufgenommen



Aber: Umsetzung „European Green Deal“ wird auch unter neuen EU KOM fortgesetzt. Abzuleitende Aktivitäten und Relevanz für die Wasserwirtschaft

Bereich Klimaschutz: Umsetzung Europäisches Klimagesetz/Fit for 55: Ziele: Nettoerduktion der THG um 55% bis 2030 im Vergleich zu den Emissionen von 1990. In diesem Zusammenhang relevant:

- Energie-Effizienz-RL: EU-Ziel bis 2030 mindestens 40 % Senkung des Endenergieverbrauchs. RL am 20.09.23 veröffentlicht.
- Erneuerbare Energien Richtlinie (REDIII): Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch der EU bis 2030 auf 42,5 %. Veröffentlichung im Amtsblatt im Herbst 2023 erfolgt.
- Debatte um EU- Klimaziele für 2040 begonnen. Langfristziel Klimaneutralität bis 2050. EU-KOM legt im Februar 2024 Mitteilung vor; Gesetzentwurf liegt noch nicht vor

Bereich Umweltschutz:

- REACH: Novelle REACH in letzter Legislaturperiode nicht vorgenommen; derzeitiger Sachstand: EU-KOM bereitet im Rahmen des Clean Industrial Deals Vereinfachung von REACH für chemische Industrie vor.



KARL ist da! Meilensteine des Gesetzgebungsverfahrens

- 20.09.23: Finaler Bericht ENVI (Compromised Amendments angenommen)
- 05.10.23: 1. Lesung EU-Parlament
- 16.10.23 EU-Ministerrat
- 31.01.24 Einigung im Trilog erreicht
- 11.03.24: ENVI und EU-Ministerrat nehmen offiziell Trilog-Ergebnisse an.
- 10.04.24: 2. Lesung EU-Parlament
- 07.10.24: Veröffentlichung der Übersetzungen im Zuge des Corrigendum-Verfahrens
- 05.11.24: Zustimmung des Europäischen Rates
- Inkrafttreten nach Veröffentlichung im Amtsblatt am 01.01.2025
- Umsetzung in deutsches Recht bis spätestens 31.07.2027

3 Unterarbeitsgruppen der EU-Arbeitsgruppe zur UWWTD

- Monitoring Methodologies zu Risikobewertung, Spurenstoffe, ARB, PFAS, Mikroplastik (Art. 8, 17, 21)
- Energy Neutrality, Greenhouse Gases and Sludge (Art. 11, 20, 21)
- Individual Systems, Stormwater (Art. 4 und 5)



Kaum Bewegung bei der WRRL

- Am 26.10.2022 im Rahmen **Legislativvorschlag** Integrierte Wasserbewirtschaftung Änderungsvorschläge für WRRL vorgelegt. Flussgebietsspezifische Schadstoffe sollen zukünftig für chemischen Zustand herangezogen werden.
- **Aktuell:** Positionierungen des EP und des Rates sind erfolgt. Trilogverfahren begonnen unter polnischer Ratspräsidentschaft im Januar 2025 (Berichterstatter: MdEP Javi Lopez).
- 7. Umsetzungsbericht EU-KOM zum 3. BWP liegt seit Februar 2025 vor: zu **Transparenzansatz/Vollplanung** stellt sich EU-KOM auf Standpunkt, dass gesetzlich gesteckter Rahmen eingehalten werden muss; richtige Begründung zeitlicher Ausnahmen wichtig (zeitliche Verzögerung beruht auf natürlichen Bedingungen); EU-KOM empfiehlt Untersuchung hinsichtlich Ausnahmen bei Quecksilberbelastung, da v.a. Luftverschmutzung durch Verbrennung fossiler Brennstoffe und nicht natürliche Verschmutzungsquellen wie z.B. Vulkanismus; D soll EU-Rechtsprechung zur Auslegung der Ausnahmen im Blick behalten

Novelle der Liste Prioritärer Stoffe:

- Entwurf am 26.10.22 veröffentlicht. Darin 24 Einzelstoffe, u.a. Pestizide, Arzneimittel, Industriechemikalien sowie Gruppe von 24 PFAS-Stoffen; Änderung der UQN für 16 Stoffe (v.a. strenger); Methodik zu Mikroplastik und antimikrobieller Resistenz; Diclofenac mit UQN von 0,04 µg/l jährliche Durchschnittskonzentration und 250 µg/l Maximalwert.
- Verfahren: Trilog unter schwedischer Ratspräsidentschaft gescheitert. Ausweitung Watchlist, Aufnahme ARB, ergänzender Summenparameter für weitere Arzneistoffe, Aufnahme Mikroplastik, Delegierte Rechtsakte. Keine Änderung bei Parametern.
- Aktuell: Trilogverfahren begonnen unter polnischer Ratspräsidentschaft im Januar 2025 (Berichterstatter: MdEP Javi Lopez).
- **Neue EU-Watchlist im März 2025 vorgelegt:** Neuaufnahmen von u.a. 10 Azolfungiziden, einem Biozid, fünf PSM, Antibiotika sowie ein weiteres Sonnenschutzmittel (Octisalol)

EU – Verordnung zur Wiederherstellung der Natur u. RL über strafrechtlichen Schutz der Umwelt

- **Biodiversitätsstrategie für 2030/Schutz der biologischen Vielfalt:**
Aktueller Sachstand zur „Wiederherstellung der Natur“: Verordnung am 29.07.2024 im Amtsblatt veröffentlicht
Inhalt der VO:
 - Wiederherstellung und Neuetablierung in Ökosystemen bis 2030 auf mehr als 20% der Land- und Meeresgebiete der EU und bis 2050 auf alle Ökosysteme, bei denen eine Wiederherstellung erforderlich ist
 - Bessere Vernetzung der Lebensraumtypen
 - Vergrößerung städtischer Grünflächen bis 2050
 - Wiederherstellung der natürlichen Vernetzung von Flüssen
 - Verbesserung Fluss-Aue-Interaktion
- **Aktuell:** Warten auf Nationale Wiederherstellungspläne der MS, Brandenburg setzt als erstes BL in D die Verordnung zur Wiederherstellung der Natur aus. Bis 01.09.2026 muss D den Nationalen Wiederherstellungsplan bei der EU einreichen
- Richtlinie 2024/1203 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11.04.2024 über den **strafrechtlichen Schutz der Umwelt:** Mindestvorschriften für die Definition von Straftatbeständen im Bereich Umweltkriminalität. Bis 21.05.2026 Umsetzung in nationales Recht, bis 21.05.2027 Nationale Strategie zur Bekämpfung von Umweltkriminalität



- **Taxonomie-Verordnung:** Unterstützung hin zu einer „grünen“ Transformation. Delegierte Rechtsverordnungen für „nachhaltige Nutzung u. Schutz der Wasser- u. Meeresressourcen“, „Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft“, „Vermeidung u. Verhinderung von Umweltverschmutzung“ sowie „Schutz und Wiederherstellung der Biodiversität u. der Ökosysteme“ im Juni 2023 von der EU-KOM angenommen. Wichtig für bessere Konditionen am Finanzmarkt und für den Zugang von EU-Fördertöpfen.
Weiteres Vorgehen: Anwendung ab 01/2024 möglich.
Aktuell: Abschwächung im Rahmen des Omnibusgesetzpaketes geplant
- **CSR-RL (Nachhaltigkeitsberichterstattung):** Am 16.12.22 im Amtsblatt der EU veröffentlicht. Zeitlich gestaffelte Berichtspflichten; Öffentliche Körperschaften nicht im Anwendungsbereich der Richtlinie. EU-Rat u. EP verlängern Frist für Vorlage von Standards für Nachhaltigkeitsberichterstattung auf 30.06.2026. Final Act 08.05.2024 im Amtsblatt veröffentlicht
Aktuell:
 - im Rahmen des Omnibus I Verschiebung der Fristen für Berichterstattung um zwei Jahre für Gruppe 2 (große Kapitalgesellschaften) und Gruppe 3 (Kleine bzw. mittelgroße kapitalmarktorientierte Kapitalgesellschaften), Anwendungszeitraum für große kapitalmarktorientierte Unternehmen bleibt unberührt (Berichterstattung erstmalig für Geschäftsjahr 2024), EU-Parlament hat im Eilverfahren am 03.04.2025 zugestimmt; Umsetzung in deutsches Recht muss bis 31.12.2025 erfolgen
 - Abschwächung im Rahmen des Omnibus I vorgeschlagen: Berichtspflicht nur noch für Unternehmen mit mehr als 1000 MA und mehr als 450 Mio. EURO Jahresumsatz; derzeit im parlamentarischen Verfahren

- **CER-Richtlinie: Stärkung der Resilienz kritischer Einrichtungen:** Nationale Strategien für Resilienz in den Sektoren Energie, Verkehr, Gesundheit, Trinkwasser und Abwasser. In diesem Zusammenhang auch Stärkung gegen Cyberangriffe: Kritische Einrichtungen: nationale Risikobewertungen, technische u. organisatorische Maßnahmen, Resilienz gewährleisten. Am 27.12.22 im Amtsblatt der EU veröffentlicht. Umsetzungszeitraum am 17.10.2024 ohne Regelung abgelaufen.
Aktuell: Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eröffnet
- **NIS 2.0-Richtlinie:** Schwellenwerte für kritische Infrastrukturen von EU vorgegeben, auch Abwasserbranche im Anwendungsbereich. Am 27.12.22 im Amtsblatt der EU veröffentlicht. In D bereits viele Regelungen im IT-Sicherheitsgesetz 2.0 enthalten. Aktuell: Deutscher Umsetzungsprozess dauert an. Umsetzungszeitraum am 17.10.2024 abgelaufen.
Aktuell: Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eröffnet
- Registrierung einer **neuen EU-Bürgerinitiative für ein wasserintelligentes und -resilientes Europa**, Sammlung Unterschriften läuft noch bis Ende Oktober 2025



- **Neue Regierungsbildung:** Laufend. agw hatte sich mit Bundestagspositionen eingebracht.
Neue Bundesregierung steht seit 06.05.2025
- **Umsetzung KARL (31 Monate):**
UBA Gutachten zur erweiterten Herstellerverantwortung „Feinkonzept“ (rechtlich und fachlich) bis 01.01.2026. Konsortium:
IWW (Kristina Wencki, Tim aus der Beek, Ursula Karges), MOcons (Prof. Oelmann, Christoph Czichy), BBH (Beate Kramer), Prof.
Brüning (Uni Kiel) und als externer Berater Prof. Schitthelm
Pharmaindustrie hat Klage beim EuGH eingereicht (EPR)
- Referentenentwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des **Hochwasserschutzes** und des Schutzes vor Starkregenereignissen sowie zur Beschleunigung von Verfahren des Hochwasserschutzes am 11.10.24 veröffentlicht. agw-Stellungnahme am 05.11.24 erfolgt.
Neuaufnahme des Gesetzgebungsverfahrens erst Mitte 2025 zu erwarten.
- **WHG-Änderung „Water-Reuse“** zur Umsetzung der EU-VO: Referentenentwurf vom 28.02.2024: Umfangreiche Änderungen geplant zur Wiederverwendung in der Landwirtschaft und darüber hinaus. Nach interner Prüfung durch AG Jur und Betriebsverantwortliche keine agw-Stellungnahme erfolgt. Aktuell: kein neuer Sachstand bekannt.



- **Modernisierung des BauGB:** Gesetzentwurf zur Stärkung der integrierten Stadtentwicklung im Bundestag. U.a. auch Regelungen zu blaugrüner Infrastruktur, dezentrale Versickerung, Abwägungsgrundsätze, Verbesserungen des Bauleitplanungsrechts; keine agw-Stellungnahme erfolgt. Anhörung am 11.11.24. Aktuell: kein neuer Sachstand bekannt.
- **KRITIS:** Verbändeanhörung KRITIS-Dachgesetz unter Beteiligung der agw erfolgt. Weitere Verbändeanhörung im Januar 2024 ohne Beteiligung der agw. im Juli 2024 Gespräche zur praktischen Umsetzung zw. BMI und UP KRITIS, weiterer Referentenentwurf (05.11.2024), Kabinetttbefassung (06.11.2024). Ausgang unklar.
- **NIS-2 Umsetzungsgesetz** steht aus; U.a. Geschäftsführerhaftung und Schulungspflicht wieder aufgenommen. Bundestagsbefassung 11.10.2024, Anhörung 04.11.2024. Somit Umsetzung der EU-Gesetzgebung bis 17.10.2024 nicht erfolgt. Derzeit gilt EU-Richtlinie. Ausgang derzeit unklar. Aktuell: KDW /BEW bietet 5-tägiges Praxisseminar zur NIS2-Umsetzung in Wasserwirtschaft an (abgesagt), Webinare des BSI zu Betroffenheitsprüfung und weiteren Themen am 06./07.05.2025
- **DARP/Deutscher Aufbau- und Resilienzplan:** Der Schwerpunkt des DARP liegt beim Klimawandel und der digitalen Transformation. Die EU stellt aus dem 750 Mrd. Euro Paket Deutschland 25 Mrd. Euro zur Verfügung. Aktueller Sachstand u.a. dokumentiert im nationalen Reformprogramm 2024 des BMWK (Just-Transition-Fonds: Umsetzung in NRW via EFRE). Für 2025 und 2026 stehen noch 10,5 Mr. Euro zur Verfügung.



DAS (Deutsche Anpassungsstrategie):

- Im Ergebnis der Überarbeitung 2023 Festlegung auf 6 Cluster, darin Cluster Wasser (Wasserhaushalt, Wasserwirtschaft, Küsten- und Meeresschutz sowie Fischerei). Aktuell: Bundeskabinett hat am 11.12.2024 die Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel verabschiedet. Darin: 33 Ziele und über 180 Maßnahmen für die Vorsorge vor Extremereignissen wie Hitze, Dürre, Starkregen und Hochwasser.
- Klimaanpassungsgesetz des Bundes Anfang Juli 2024 in Kraft getreten. Stellungnahme der agw war im Gesetzgebungsverfahren erfolgt.
- Gründung eines „Zentrum KlimaAnpassung“ als neues Beratungszentrum für Klimaanpassung des Bundes
- Klimaschutzbericht 2024 der Bundesregierung am 06.09.2024 veröffentlicht (Aussagen):
 - Reduktion der THG-Emissionen in allen Sektoren
 - Stärkster Rückgang in Sektoren Industrie und Energiewirtschaft
 - Abwasserbehandlung zusammen mit Abfalldeponierung bedeutendste Quellen im Sektor Abfallwirtschaft
 - Abwasserbehandlung größter Emittent für Lachgas im Sektor Abfallwirtschaft



Aktionsprogramm natürlicher Klimaschutz:

- **Finanzmittel:** Durch BVerfG-Urteil aus dem November 2023 stehen nur noch 3,5 Mrd. Euro aus dem Klima- und Transformationsfonds als Sondervermögen bis 2026 zur Verfügung
 - 2025-2028: 3,2 Mrd. Euro
 - Aktuell: Bekenntnis u. ANK in laufenden Koalitionsverhandlungen, plus 1,5 Mrd. Euro aus Sondervermögen (in Verhandlung)
- **Förderinstrumente:** U.a. Natürlicher Klimaschutz in kommunalen Gebieten im ländlichen Raum und Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels (DAS) zu Maßnahmen des Natürlichen Klimaschutzes und naturbasierten Lösungen erfolgt. Im Februar 2024 Natürlicher Klimaschutz in Kommunen, Klimamoorschutz, Klimaangepasstes Waldmanagement, KlimaWildnis/Flächenerwerb. Weitere Förderrichtlinien für den Gewässerbereich waren für Januar 2024 angekündigt, liegen aber bislang noch nicht vor
- **Knackpunkt: Antragsberechtigung gelöst.**
 - Aktuell:** Neue FöRL „Flüsse, Seen, Auen“ in finaler Abstimmung
 - 3 Tatbestände: Landschaftswasserhaushalt, naturnahe Gewässerentwicklung und -erhaltung, integrierte und kombinierte Konzepte; (sondergesetzliche) Wasserverbände antragsberechtigt (!), Fördermöglichkeiten auch für Grunderwerb mit Zweckbindung vorgesehen, 1-stufiges Antragsverfahren vorgesehen; Veröffentlichung FöRL für Sommer/Herbst 2025 geplant
- **Moorschutzprogramm:** Wiedervernässung der Auen als Beitrag zum Klimaschutz (7,4 % Anteil an Gesamt-CO₂e-Emissionen in D)
- **Gründung eines Kompetenzzentrums Natürlicher Klimaschutz:** Kontakt agw hergestellt. Erörterung Antragsberechtigung. Derzeit in Vorbereitung: Regionalzentrum NRW im LANUK
- BMUV startet virtuellen Dialog zur Durchführung der EU-Wiederherstellungsverordnung (W-VO) und zum Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz: agw am Dialog beteiligt.

- Neue **Trinkwasserverordnung 2023** in Kraft getreten: Neustrukturierung und Umsetzung der Anforderungen aus der EU-Trinkwasserrichtlinie.
 - Beratungen über eine neue **Trinkwassereinzugsgebieteverordnung** abgeschlossen; am 11.12.2023 im BGBl. veröffentlicht. Risikobewertung der TW-EZG durch Betreiber von Wassergewinnungsanlagen bis 2025 und ggfs. Maßnahmen bis 2027; enger Zeitplan stößt auf Kritik bei Betreibern.
 - Aktuell zum Vorrang der Trinkwasserversorgung: Petition an Unterausschuss übergeben.
 - TrinkwassereinzugsgebieteVO in NRW: MUNV veröffentlicht 2 Erlasse im Juni und Dezember 2024. Bis zum 12. November 2025 muss der zuständigen Behörde eine Dokumentation vorgelegt werden.
 - Erlass zum Vollzug der TrinkwEGV in NRW: Neue Arbeitshilfen der LAWA ad-hoc AG und Formatvorgaben NRW am 25.03.25 veröffentlicht
- Bundesregierung legt am 06.10.2023 Gesetzesentwurf zur **Änderung des Düngegesetzes** vor: Darin u.a. Änderungen bei der Stoffstrombilanzierung (§11a DüngG) u. neuer §12a zum Wirkungsmonitoring. Demnach wird das BMEL ermächtigt, im Einvernehmen mit dem BMUV und mit Zustimmung des Bundesrats eine Rechtsverordnung für dieses Monitoring zu erlassen. Im Sommer 2024 im Bundestag angenommen, im Bundesrat gescheitert; Bundesregierung ruft Vermittlungsausschuss an.

Aktuell: gescheitert. Keine Einigung in BuLä-AG, Streit v.a. um ersatzlose Abschaffung der Stoffstrombilanzverordnung und in Düngegesetz enthaltenen Verordnungsermächtigung. In Koalitionsvertrag Bekenntnis zu Abschaffung Stoffstrombilanzverordnung

- **Nationale Wasserstrategie:** Kabinettsbeschluss am 15.03.2023 erfolgt. Aktionsprogramm: Das BMU schlägt vor, für die kommenden 10 Jahre jährlich 100 Mio. Euro zur Verfügung zu stellen. Darunter auch Ausbau 4. RST, AbwAG und Erweiterte Herstellerverantwortung. Aktuell: 40 Maßnahmen wurden vom BMU als prioritär eingestuft. Derzeit Gründung einer interministeriellen Arbeitsgruppe für die Erstellung einer Roadmap. Finanzierung der Maßnahmen weiter unklar.
Aktuell: Richtlinie zur Förderung von Forschungsprojekten zum Thema „Wasser-Energie-Nexus“ am 03.02.25 veröffentlicht. Laufzeit bis 30.09.25.
- **Weißdruck DWA-M 320 „Sicherstellung der Abwasserentsorgung bei Stromausfall“:** veröffentlicht. agw hat eine Stellungnahme in der ad-hoc AG „Notstrom/Stromausfälle“ erarbeitet. Keine Rückmeldung zur Stellungnahme der agw. Merkblatt im März 2024 veröffentlicht. Auf das Ziel einer 72-h-Reserve wurde verzichtet.
- **Umsatzsteuergesetz (UStG):** Anwendungsschreiben des Bundesfinanzministeriums zu § 2 b. Dadurch sind Leistungen und Lieferungen der Verbände, die an Dritte erbracht werden und die nicht den hoheitlichen Aufgabenbereich betreffen, auf ihre umsatz- und ertragssteuerliche Auswirkung zu prüfen. Bei Nichteinhaltung drohen strafrechtliche Sanktionen.
Änderung im Jahressteuergesetz 2024. Spätester Umstellungszeitpunkt wurde erneut vom 31. Dezember 2024 bis einschließlich 31.12.2026 verlängert.
- **Abwasserabgabengesetz: Novelle steht nicht im Koalitionsvertrag!**

- **Stakeholder-Dialog „Spurenstoffe“:** Pilotphase abgeschlossen. Spurenstoffzentrum des Bundes beim UBA in Dessau gegründet. Umsetzung des Orientierungsrahmens in den Bundesländern sehr unterschiedlich. Eine Einführung des Orientierungsrahmens als Erlass wird vom BMU ausgeschlossen. Die LAWA favorisiert eine vernünftige Flankierung auf der Grenzwertseite durch die EU.
 - 19.04.2024: Informationsveranstaltung "Spurenstoff-Dialog des Bundes - aktueller Stand und Ausblick"
 - 07./08.10.2024: 2. Zukunftsplattform 2024 - Dialogveranstaltung des Spurenstoffzentrums des Bundes
- **BMWK Vergaberechts-Transformations-Gesetz:** Referentenentwurf am 30.09.24 veröffentlicht inkl. „Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Berücksichtigung sozialer und umweltbezogener Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge“. Ziel: Entlastung Verwaltungen, Beschleunigung Vergabeverfahren zur Vergabe, Planungs- und Investitionssicherheit für Anbieter nachhaltiger Lösungen, Teilnahmemöglichkeiten StartUps stärken. Keine agw-Stellungnahme erfolgt.
Aktuell: bislang nicht im Bundestag angenommen.

Energie-Themen:

Aktuell: Derzeit wird mit Spannung erwartet, wie die neue Bundesregierung mit den Themen „Verabschiedung des Kraftwerkssicherheitsgesetzes, Verlängerung des Kraft/Wärme-Kopplungsgesetzes, Neufassung des Energiewirtschaftsgesetzes, der Umsetzung der EU-Richtlinie RED III sowie mit den Beschleunigungsgesetzen für Geothermie und Wasserstoff“ umgehen wird.

Allgemein:

- Änderungen im **Strom- und Energiesteuergesetz** aufgrund auslaufender EU-Beihilferegelungen: Wegfall der Stromsteuerbefreiung für Klärgasbetriebene BHKW > 2 MW
- Referentenentwurf zum „Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung und zum Bürokratieabbau im Strom- und Energiesteuerrecht“: Beschleunigungen positiv, aber Probleme der Anlagenverklammerung. Stellungnahme der agw 02.04.24 erfolgt.
- **Energieeffizienzgesetz Bund - EnEfG (21.09.23):**
Festlegung Effizienzmaßnahmen. Ziel: Senkung des Primär- und Endenergieverbrauchs in Deutschland für 2030. Öffentliche Verwaltung soll 2% der Gesamtendenergie einsparen. Wichtig: Verpflichtende Einrichtung von Energie- oder Umwelt-Management-System bis 30.06.2026 ab durchschnittlichen Gesamtendenergieverbrauch der letzten 3 a von > 3 GWh (bei >1 bis <3 GWh: vereinfachtes Energiemanagementsystem) + Abwärmepotenziale in Unternehmen sollen auf Plattform gebündelt und öffentlich zugänglich gemacht werden.
Aktuell: Prüfung des AK der Verbandsjuristen erfolgt. Eine Verpflichtung für die sondergesetzlichen Wasserverbände wird ausgeschlossen.

LEITFADEN NACHHALTIGKEITSBERICHTERSTATTUNG

- Branchenleitfaden der deutschen Wasserwirtschaft zur Nachhaltigkeitsberichterstattung nach ESRS im Februar 2025 veröffentlicht
- Unterstützungstool zur Wesentlichkeitsanalyse (Excel-Tabelle)
- verbändeübergreifende Arbeitsgruppe der deutschen Fachverbände BDEW, DVGW, DWA und VKU haben sich über ein Jahr mit den Erfordernissen der Nachhaltigkeitsberichterstattung entsprechend der bereits beschlossenen ESRS befasst
- CSRD-Umsetzungsgesetz fehlt auf Bundesebene
- Omnibus I, EU-Ebene:
 - Berichtspflicht auf EU-Ebene um zwei Jahre verschoben (im Eilverfahren Anfang April durchgewunken)
 - im parlamentarischen Verfahren: Berichtspflicht nur noch für Unternehmen mit mehr als 1000 MA und mehr als 450 Mio. EURO Jahresumsatz



Energie-Themen II:

- Änderung des **Energieverbrauchskennzeichnungsgesetzes** (20/11852) (Energieeffizienz und Auditierungspflichten) / Anhörung am 09.10.24
- **Wärmegesetz**: Wärmeplanungsgesetz des Bundes seit 01.01.24 in Kraft. Verpflichtung für Kommunen. Geplant: Erhebung von Informationen zu Abwassernetzen mit einer Mindestnennweite von DN 800.
- **Solarpaket I**: Inkrafttreten von Teilbereichen bereits 2023 erfolgt. Aktuell: Bundesrat hat weitere energiewirtschaftsrechtliche Vorschriften zur Steigerung des Ausbaus photovoltaischer Energieerzeugung am 26.04.24 angenommen
- Entwurf eines Gesetzes zur **Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für Geothermieranlagen**, Wärmepumpen und Wärmespeichern sowie weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen – GeoWG
- **Übertragungsnetzentgelte**: Zuschuss aus dem Bundeshaushalt i.H.v. 5,5 Mrd. EURO gestrichen. Verteuerung des Stroms.
- **Energiesofortmaßnahmenpaket** (23.09.22) umfasst fünf Gesetzesnovellen rund um den Ausbau erneuerbarer Energien und den damit in Zusammenhang stehenden Beschleunigungen auch beim Netzausbau. Wichtig: „**Nutzung erneuerbarer Energien steht im überragenden öffentlichen Interesse und dient der öffentlichen Sicherheit**“
- Stabilisierungsfondsgesetze (**Erdgas-Wärme-Preisbremsengesetz – EWPPBG und Gesetz zur Einführung einer Strompreisbremse**) am 20.12.2022 im Bgbl. veröffentlicht. Gutachten der agw zum Unternehmensbegriff bei der Kanzlei BBH erstellt. **Aktuell: Verlängerung aufgrund des BVerfG-Urteil gestoppt. Neue FAQ des BMWK liegen vor**

- **Redispatch 2.0:** Adressiert das Recht/die Pflicht der Netzbetreiber, bei Gefährdung des Stromnetzes Stromerzeugungsanlagen abzuregulieren oder hochzuregulieren.
Erfahrungsstand: Bislang bei Mitgliedsverbänden keine Herunterregelung erfolgt. Nicht alle Netzbetreiber sind bereits „redispatch-ready“. Die Übergangslösung gilt weiterhin. Derzeit EnWG-Novelle mit Änderungen zum bilanziellen Ausgleich bei Redispatch-Maßnahmen (bis 31.12.2031, danach Rückkehr zu heutiger Gesetzeslage) und Konsultation BNetzA (keine agw-Stellungnahme erfolgt.)
- **Stromsteuergesetz/GZD:** Internes Schreiben der Generalzolldirektion: Streichung der Stromsteuerbefreiung von Verbrennern.
Achtung: Betrifft auch Klärschlammverbrennung. Aktuell: Derzeit keine steuerrechtlichen Änderungen in Sicht, aber möglw. Änderungen über die Veränderung der Energiesteuersätze der EU.
- Urteil Finanzgericht (FG) Köln zum Az. 9 K 1260/19, 16.06.2021) im Verfahren der Netzbetreiber gg. Finanzverwaltung (**Umsatzsteuer und KWK-Anlagen**). Ergebnis: Keine Umsatzsteuer auf fiktive Rücklieferung von KWK-Strom. Derzeit läuft ein Revisionsverfahren. Ziel bleibt Änderung des UStAE oder Nichtanwendungserlass.
- **MantelVO:** Ist seit 01.08.2023 in Kraft. Inhalt: ErsatzbaustoffVO, Neufassung Bundes-Bodenschutz - u. AltlastenVO und Änderung der Deponie- u. GewerbeabfallVO. Vollzugshilfe zu §§ 6–8 BBodSchV mit Anforderungen an das Auf- und Einbringen von Materialien auf oder in den Boden im Sommer 2023 veröffentlicht. Aktuell: Referentenentwurf zur Umsetzung der EU-Industrieemissionsrichtlinie mit Änderungsvorschlägen des MantelG und der MantelVO.

Novelle TEHG (TEHG-Europarechtsanpassungsgesetz)

- Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt im März 2025 erfolgt.
- Änderungen:
- Einführung eines neuen Brennstoffemissionshandels (ETS2) für bislang nicht erfasste Brennstoffeinsätze in Sektoren Wärme und Verkehr
- „Opt In“ für Abfallverbrennungsanlagen nicht mehr enthalten,
- Regelung für Müllverbrennungsanlagen ausschließlich im Nationalen Emissionshandel
- Klärschlammverbrennungsanlagen nicht im Anwendungsbereich des Gesetzes, Klärschlamm zählt nach TEHG nicht als Brennstoff
- Für Klärgas gilt Novelle nach unserer Sichtweise nicht.

Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG):

- Aktuell: Anhebung der CO₂-Preise zum 01.01.2025 auf 55€/T CO₂
- Klärschlamm nach EmissionsberichterstattungsVO nicht pauschal mit Emissionsfaktor NULL belegt
- Seit 2024 müssen Anlagenbetreiber von Verbrennungsanlagen für Abfallbrennstoffe mit Biomasseanteil Nachweise u. Emissionsbericht einreichen, um für Biomasseanteil der eingesetzten Brennstoffe EF NULL ansetzen zu dürfen.
- Klärschlamm aus komm. Kläranlagen mit Biomassestandardwert von 100% berücksichtigt, pauschale Privilegierung von Klärschlamm nur für Anlagen, die Wärme aus Klärschlammverbrennung ausschließlich für Trocknungsprozesse nutzen.
- Privilegierung von Bestandsanlagen, die vor 01.01.2021 in Betrieb genommen wurden: keine Berechnung der THG-Minderung erforderlich.
- Derzeit in Klärung mit AK Juristen, ob für Anlagen nach 2021 ggfs. Zertifikatspflicht erforderlich. Stichwort Co-Vergärung.

NRW-Wasserstrategie H₂O:

- Auftaktveranstaltung am 03.06.24
- Derzeit Durchführung von Fachgesprächen zu den einzelnen Zielen samt Maßnahmepaketen im März 2025
- Kleine Anfrage der FDP im Landtag zum Umsetzungsprozess
- agw ad-hoc Gruppe seit 2023 aktiv und gut eingebunden
- Verbändeübergreifende Fachkräftegruppe hat Maßnahme „Mach´ blau“ eingebracht
- Maßnahmen, Projekte, Wünsche und Kostenabschätzungen eingebracht

Änderungsverfahren NRW Sondergesetze: Herr Keil bereitet derzeit Referentenentwurf vor. agw hat erste Gespräche mit den Parteien geführt.

Arbeitsplanung MUNV 2025: u.a. NRW-Wasserstrategie, Umsetzung 10-Punkte-Plan NRW, Evaluierung Deichsanierungsbedarf, 3 neue Förderangebote für das Rheinisches Revier, Fortsetzung „lebendige Gewässer“, 4. BWP und MaPro, ressortübergreifende Kreislaufwirtschaftsstrategie NRW, Umsetzung der Klimafolgenanpassungsstrategie, NRW-Nachhaltigkeitsstrategie fortschreiben. (Änderung der Verbandsgesetze tauchen nicht auf).

Arbeitsprogramm MLV 2025: u.a. Anpassung und Neuorganisation der Geschäftsbereiche. Anpassung der Landesdüngeverordnung, Strategie zum Wassermanagement in LW und Gartenbau.



Aktivitäten Hochwasserkatastrophe NRW 2021/Weihnachtshochwasser/Weiteres:

Aktuell:

- **Parlamentarischer Untersuchungsausschuss II** („PUA Hochwasserkatastrophe“) hat sich am 30.06.22 konstituiert. Weitere Sitzungen im laufenden Jahr am 24.04.2024, 21.06.2024, 01.10.2024, 04.11.2024, 19.11.2024 (geplant), 26.11.2024 (geplant), 03.12.2024 (geplant), 17.12.2024 (geplant)
- **Hochwasserkommission:** Konstituierende Sitzung am 26.04.22 Sitzungen 26.10.22 und 14.06.23, Sondersitzung zum Weihnachtshochwasser am 10.01.2024 (Kurzbericht Dr. Demny i.d. AG Hochwasserstrategie erfolgt), Sitzung 25.04.24, 04.12.24, 26.06.25 (geplant).
- **Bericht des MUNV** zum dritten Jahrestag der Flutkatastrophe: Bericht zum Umsetzungsstand des 10-Punkte-Arbeitsplans „Hochwasserschutz in Zeiten des Klimawandels“ vom 12.06.2024
- **Einrichtung der Enquete-Kommission III „Wasser in Zeiten der Klimakrise“** auf Initiative der Grünen im Landtag etabliert. Vorsitzende Frau MdL Vogelheim (Turnus 1/Monat). Sachverständige: Dr. Gassner (bdew Landesgruppe), Prof. Pinnekamp, Prof. Uli Paetzel (EGLV), Dr. Christian Schmidt (IWU), Marco Decker.
- MUNV: **Beendigung der Ausnahme des Vorkaufsrechts im Hochwasserschutz.** Vertreter/Innen der agw: Herr Brandherm (EGLV) und Frau Britzen (Wupperverband). Termine am: 27.11.24, 28.01.25, 20.02.25
- **MWIKE:** LEP NRW. Beteiligungsverfahren vom 03.04. bis 30.06.2025 durchgeführt werden.



Klimaschutzgesetz NRW / Beschluss des 2. Klimaschutzpakets NRW, darin u.a.:

- Landeswärmeplanungsgesetz NRW
- Nutzung von Abwasserwärme beschleunigen
- Vorrang für erneuerbare Energien NRW verpflichtet sich bis 2045 treibhausgasneutral zu wirtschaften. Bis 2030 sollen die Treibhausgasemissionen in NRW um mindestens 65 Prozent gegenüber 1990 sinken, bis 2040 um mindestens 88 Prozent.

Klimaanpassungsgesetz NRW: Gesetzgebungsverfahren ist abgeschlossen. Unterstützt wird das Gesetz durch eine „15-Punkte-Offensive“. U.a.:

- Ein umfangreiches Klimafolgen- und Anpassungsmonitoring des LANUV
- „Beirat Klimaanpassung“ nimmt 2021 Arbeit auf, Empfehlungen für NRW am 16.11.2023 Minister Krischer überreicht
- Seit Anfang 2024: Kommunalberatung Klimaanpassung beim LANUV (www.klimaatlas.nrw.de). Neu seit 02/2025: Neue luftbildbasierte Versiegelungskarte für NRW (KI-basiert in einer 0,5 m Auflösung).
- Klimaanpassungsstrategie NRW veröffentlicht. Eskortiert durch den neuen LANUV Fachbericht _157
- Leitfaden für einen Klimaresilienz-Check
- Ausbau grüner Infrastruktur (ressortübergreifend)
- „Konzept für langanhaltende Trockenphasen“ in Erarbeitung. Kein neuer Sachstand.



- „Förderrichtlinie zur Umsetzung der blauen Infrastruktur im Rheinischen Revier“ (FöRL BIRR)
- Grüne Infrastruktur-Richtlinie“ (FöRL GI-RL) NRW. Mittel stammen aus dem Just-Transition-Fonds der EU. Wasserwirtschaftsverbände sind antragsberechtigt.
- Blaue RL allerdings mit Bezug zum Strukturwandel Braunkohle. Stand: Förderaufruf aufgrund hoher Nachfrage aufgestockt und verlängert bis 28.04.25.
- **Zusätzlich 3 neue Förderprogramme fürs Rheinische Revier „Revier gestalten“ EFRE-Förderung:** „Förderrichtlinie zur Umsetzung der **blauen Infrastruktur** im Rheinischen Revier“ (FöRL BIRR) u. **Grüne Infrastruktur-Richtlinie**“ (FöRL GI-RL) NRW. Mittel stammen aus dem Just-Transition-Fonds der EU. Wasserwirtschaftsverbände sind antragsberechtigt. Blaue RL allerdings mit Bezug zum Strukturwandel Braunkohle.



3./4. Bewirtschaftungsplan in NRW:

- WRRL-Symposium am 11.03.25 (hybrid)
- Förderprogramm ZunA Ende Oktober 2023 veröffentlicht. Laufzeit 02.11.23-31.12.28.
- Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig gegen Niedersachsen und NRW wegen Nitratbelastung Ems am 06.03.2025 verkündet.
- OVG Münster: Klage des BUND gegen das Maßnahmenprogramm NRW 2022-2027 (Az. 20 D 211/22.AK). Verfahrensstand: offen.
- Derzeit Erstellung eines Zwischenberichtes des MUNV für Berichterstattung an die EU-KOM.
- Weiteres Vorgehen des MUNV in Bezug auf Aufstellung des 4. Bewirtschaftungsplans NRW und der Maßnahmenprogramme veröffentlicht. Eckdaten bekannt: Verabschiedung soll bis zum 22.12.2027 erfolgen. In Vorbereitung des 4. BWP: Aktualisierung der Bestandsaufnahme 2025 läuft, Wichtige Fragen der Gewässerbewirtschaftung veröffentlicht, Entwurf des 4. BWP wird im Dezember 2026 erwartet.



- **Neuer Grundsatzerlass des Landes NRW zu § 2 EEG.** Ziel: Unterstützung von Verwaltungsentscheidungen im Zusammenhang mit erneuerbaren Energien. Der Erlass soll eine Arbeitshilfe geben, inwieweit im Einzelfall eine Anwendung des § 2 EEG zu prüfen ist.
- **MUNV: Lagebericht zur Abwasserbeseitigung 2024** veröffentlicht.
- **MUNV:** Neuer Trenn- / Mischerlass für NRW veröffentlicht. agw-Stellungnahme fristgerecht zum 14.03.25 erfolgt.
- **MUNV: Landesweite Wasserschutzgebiets-Verordnung.** Überarbeitung läuft, Gutachterliche Begleitung durch die Kanzlei Hoppenberg, Lenkungskreis auf Initiative der agw mit einem Platz besetzt (EV). Am 28.09.21 Veröffentlichung der Rechtsverordnung für Schutzbestimmungen im Bereich Bodenschatzgewinnung für die Wasserschutzgebiete im Land Nordrhein-Westfalen (Landesweite Wasserschutzgebietsverordnung oberirdische Bodenschatzgewinnung - LwWSGVO-OB) im Gesetz- und Verordnungsblatt NRW erfolgt. Weitere Überarbeitung liegt aufgrund laufender Klageverfahren derzeit auf Eis.
- **MUNV/LANUV/Wasserverbände: Austausch "Multiresistente Bakterien"** unter Einbeziehung von LANUV und agw. Projekt „Bestandsaufnahme zum Vorkommen abwasserbürtiger antibiotikaresistenter Bakterien in Abwasser und in Gewässern in NRW sowie Aufklärung relevanter Quellen und Eintragspfade in die Umwelt" (ARB-Projekt) mit zweijähriger Laufzeit. Besetzung des Beirates. Besetzung: Dr. Gattke, bzw. Herr Dr. Bittner (EV), Frau Bornemann, (WV). Aktuell: Abschlussbericht und LANUV Fachbericht im Oktober 2024 veröffentlicht.
- **MUNV: Erlass Sachstand Vollzug Trinkwassereinzugsgebieteverordnung** (21.06.24)



- **MUNV: Arbeitskreis Evaluierung der Arbeitshilfen Wasserversorgungskonzepte** (§ 38 LWG). Leitung: Herr Richters. agw wird durch Herrn Per Seeliger vertreten (Sitzungen am 21.06.22, 06.09.22 und 21.11.22). Ziel: Aussagekraft erhöhen; Einheitliche Informationen, Bestehende Berichtspflichten nutzen; klare Bezüge zwischen Gemeinde und Versorgungsgebiet, Versorgungsgebiet und Aufbereitung und Gewinnung sowie Vernetzung Weiteres Vorgehen: Überarbeitung läuft. Wiedervorlage WVK 1. Januar 2024. Aktuell kein neuer Sachstand.
- Erlass des Wirtschafts- und Klimaministeriums NRW zur „**Auslegung und Umsetzung von Festlegungen des Landesentwicklungsplans NRW im Rahmen eines beschleunigten Ausbaus der erneuerbaren Energien**“: detaillierte Ausführungen über die Genehmigungsfähigkeit von Windkraftanlagen und Freiflächen-PV verschiedenster Bauarten (klassisch, Floating, Agri-PV) sowie deren Abwägungsvorrang gegenüber anderen Belangen im Rahmen der Beschleunigungsmaxime.
- **Entwurf Landeswärmeplanungsgesetz** vorgelegt. Verpflichtend für Kommunen >100.000 EW bis 30.06.2026, alle anderen ab 2028. Prüfung des Begriffes „grünes Methan“
- **Neues Kommunales Finanzmanagement inkl. Änderung der EigenbetriebsVO NRW**: Auswirkungen der Verbände ausführlich beraten. Ergebnis einer Redaktionsgruppe der Verbandsjuristinnen und -juristen: Änderungen führen nicht unmittelbar zum zusätzlichen Erfordernis eines Lageberichtes

GEMEINSAME GRUNDSATZERKLÄRUNG ZUR NUTZBARMACHUNG DER POTENZIALE VON ABWASSERWÄRME



©NRW.Energy4Climate

- Erschließung von Abwasserwärme als nachhaltige und treibhausgasfreie Wärmequelle u.a. für den Gebäudesektor
- Vorteil: geringe Temperaturschwankungen -> konstant verfügbare Wärmequelle
- Projektion: bis 2030 min. 1 TWh Wärme, bis 2045 4TWh Abwasserwärme für die Wärmeversorgung gewinnen
- Klärung offener Fragen und Absteckung der Rahmenbedingungen in den kommenden Monaten

Ministerium für Wirtschaft,
Industrie, Klimaschutz und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen



Ministerium für Umwelt,
Naturschutz und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen



Arbeitsgemeinschaft der
Wasserwirtschaftsverbände
in Nordrhein-Westfalen



Landesgruppe
Nordrhein-Westfalen



Der Energieeffizienzverband
für Wärme, Kälte und KWK e.V.



Klare Konzepte. Saubere Umwelt.



Klare Konzepte. Saubere Umwelt.
Landesverband
Nordrhein-Westfalen



EGLV
Emschergenossenschaft
Lippeverband



Kommunal
Agentur NRW



LANDKREISTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN



STÄDTETAG
NRW



Städte- und Gemeindebund
Nordrhein-Westfalen



VDRK®



Die Wohnungswirtschaft
im Westen



Verband für Energiedienstleistungen,
Effizienz und Contracting e.V.



VERBAND KOMMUNALER
UNTERNEHMEN e.V.
LANDESGRUPPE
NORDRHEIN-WESTFALEN



WUPPERVERBAND
für Wasser, Mensch und Umwelt

AG1 – ABWASSERWÄRME AUS DEM KANAL

Schwerpunkt Quartiere

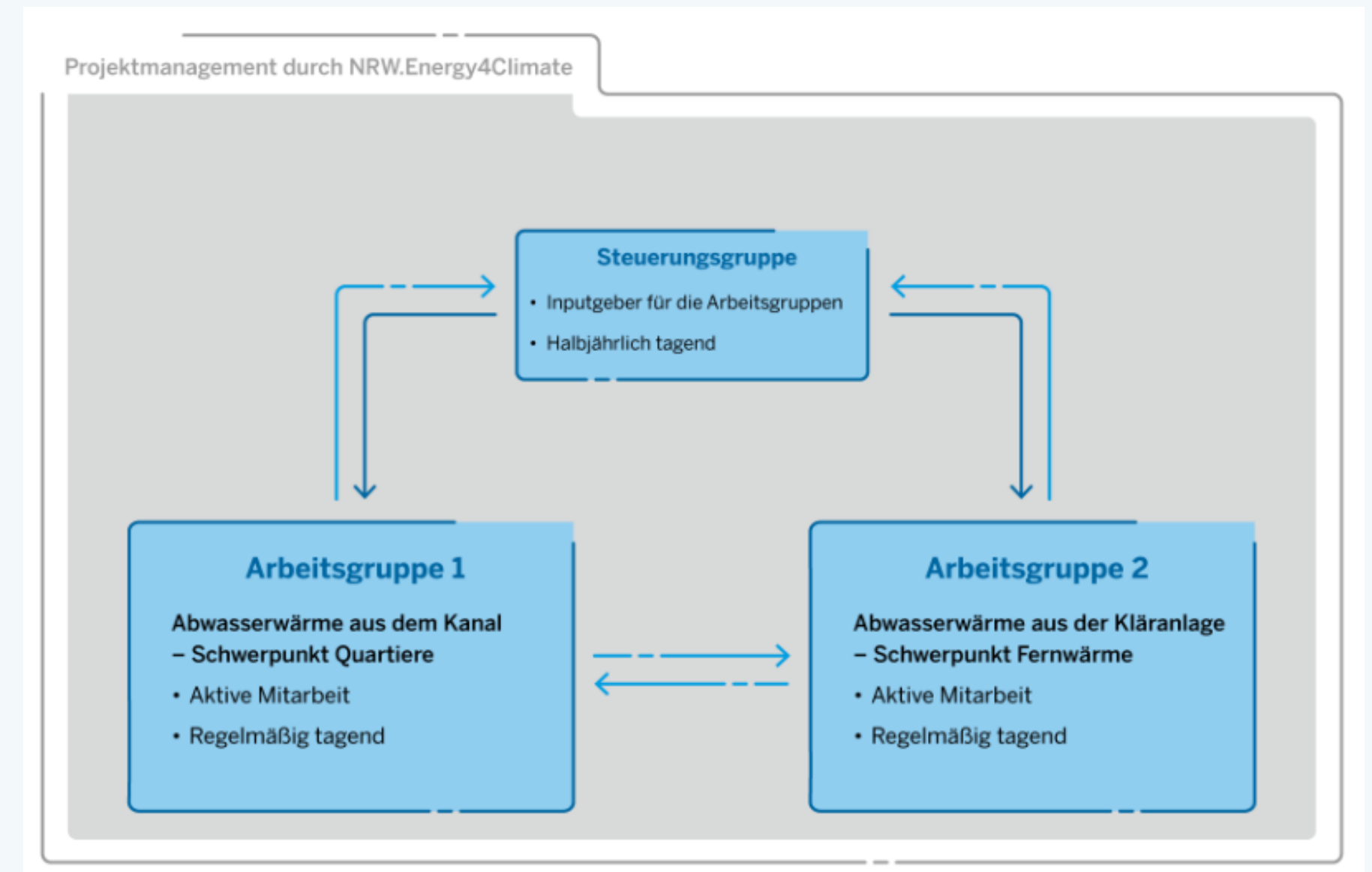
Potenzialkarten

- Motivation für Kommunen schaffen, um Energiepotenzialkarten zu erstellen
- Einheitliche Datengrundlage für Kanalnetze
- Beispiele aus Berlin, Wien und Köln

Rechtliche Hürden

- Selbstüberwachungsverordnung
- Einbindung Wärmeplanung
- Hydraulische Prüfung
- Vermarktung der Wärme (u.a. Kommunalabgabengesetz)
- Genehmigungsprozesse

Leitfaden zur Projektumsetzung



©NRW.Energy4Climate

AG 2 – ABWASSERWÄRME AUS KLÄRANLAGEN *Schwerpunkt Fernwärme*

Matching von Anwendungsfällen & Potenzialen

Projekte

- Anreize
- Finanzierung & Förderung
- Handlungsempfehlungen

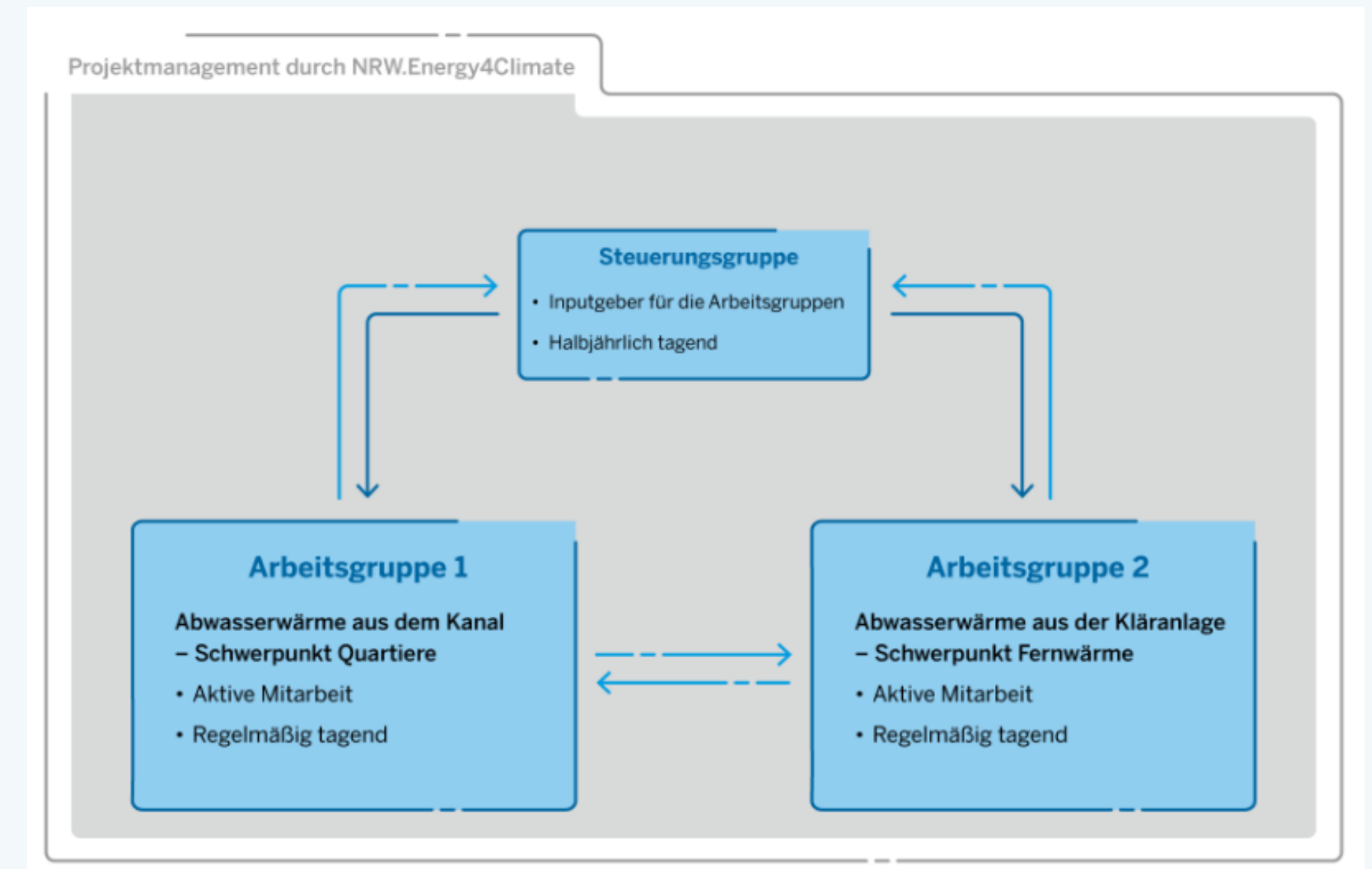
Rechtliche Hürden

Praxisbeispiele & Lessons Learned

Auswirkungen Verfahrenstechnik auf Kläranlage

Potenziale von Sekundärnutzung ermitteln

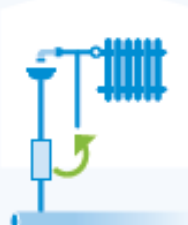
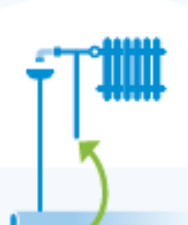
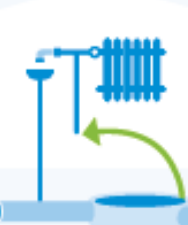
Auswirkungen auf Gewässer



©NRW.Energy4Climate



Folgende Tabelle fasst wichtige Aspekte der verschiedenen Optionen zur Abwasserwärmenutzung zusammen.

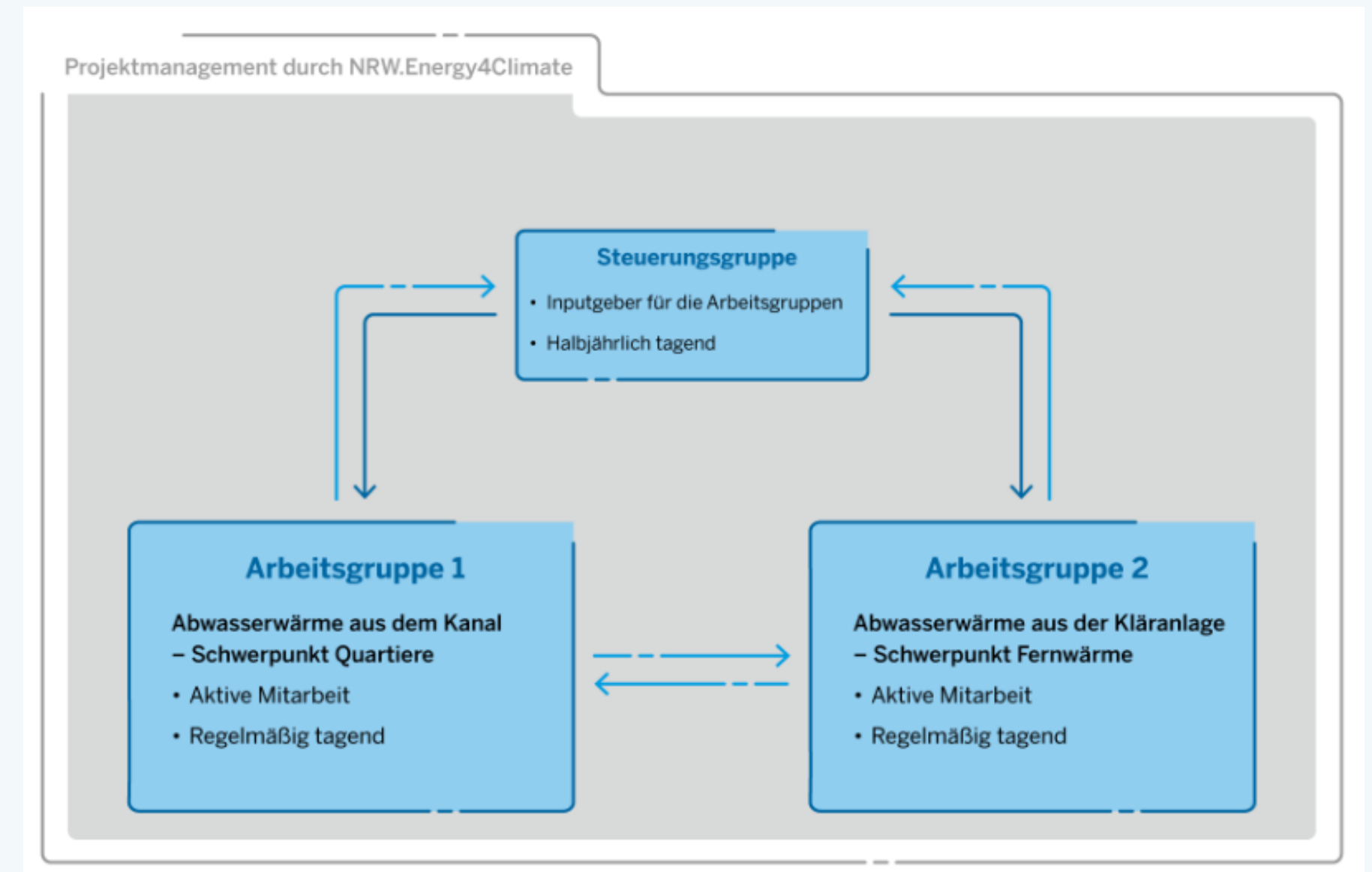
Ort der Wärme-gewinnung	Vorteile	Nachteile
Im Gebäude 	• hohe Abwassertemperatur • sehr kurzer Wärmetransportweg • Bau & Betrieb unabhängig vom öffentlichen Entwässerungsanlagen • kein Einfluss durch Niederschlagswasser	• geringer Abfluss mit tageszeitlich großen Schwankungen • ggf. störende Abwasserinhaltsstoffe • dezentrale Anlagen mit hohem Betriebs- und Wartungsaufwand
Entwässerungssystem 	• größere Abwassermengen • kurze bis mittlere Wärmetransportwege	• Abhängigkeit von Kanalnetzbetreiber • ggf. Minderung der hydraulischen Leistungsfähigkeit des Kanals • beim Einbau: hoher Koordinations- und Betriebsaufwand durch erforderliche Stilllegung von Kanalstrecken und Umleitung des Abwassers • Einbauten im Kanal bedürfen regelmäßiger Kontrollen und Wartung • Einfluss auf Abwasserreinigung ist zu prüfen • bei Mischsystemen: Einfluss durch Niederschlagswasser
Auf bzw. nach der Kläranlage 	• größtes Wärmeangebot, da größte Abwassermenge und größte nutzbare Temperaturdifferenz • genutztes Abwasser ist gereinigt • kein Einfluss auf die Kläranlage, da Wärmegegewinnung i.d.R. nach der biologischen Stufe erfolgt	• oft keine Abnehmenden in der Nähe • dadurch oft langer Wärmetransportweg

LAWA BEREITET LEITLINIE ZUR THERMISCHEN NUTZUNG VON GEWÄSSERN VOR (ENDE 2025 ERWARTET)

AG1 – ABWASSERWÄRME AUS DEM KANAL

Schwerpunkt Quartiere

- Für größere Wohn- und Nichtwohngebäude
- Ab ca. 100 kW Heizlast
- Vorteil: Lokale Nähe von Wärmequelle und Wärmesenke



©NRW.Energy4Climate

AG1 – ABWASSERWÄRME AUS DEM KANAL

Schwerpunkt Quartiere

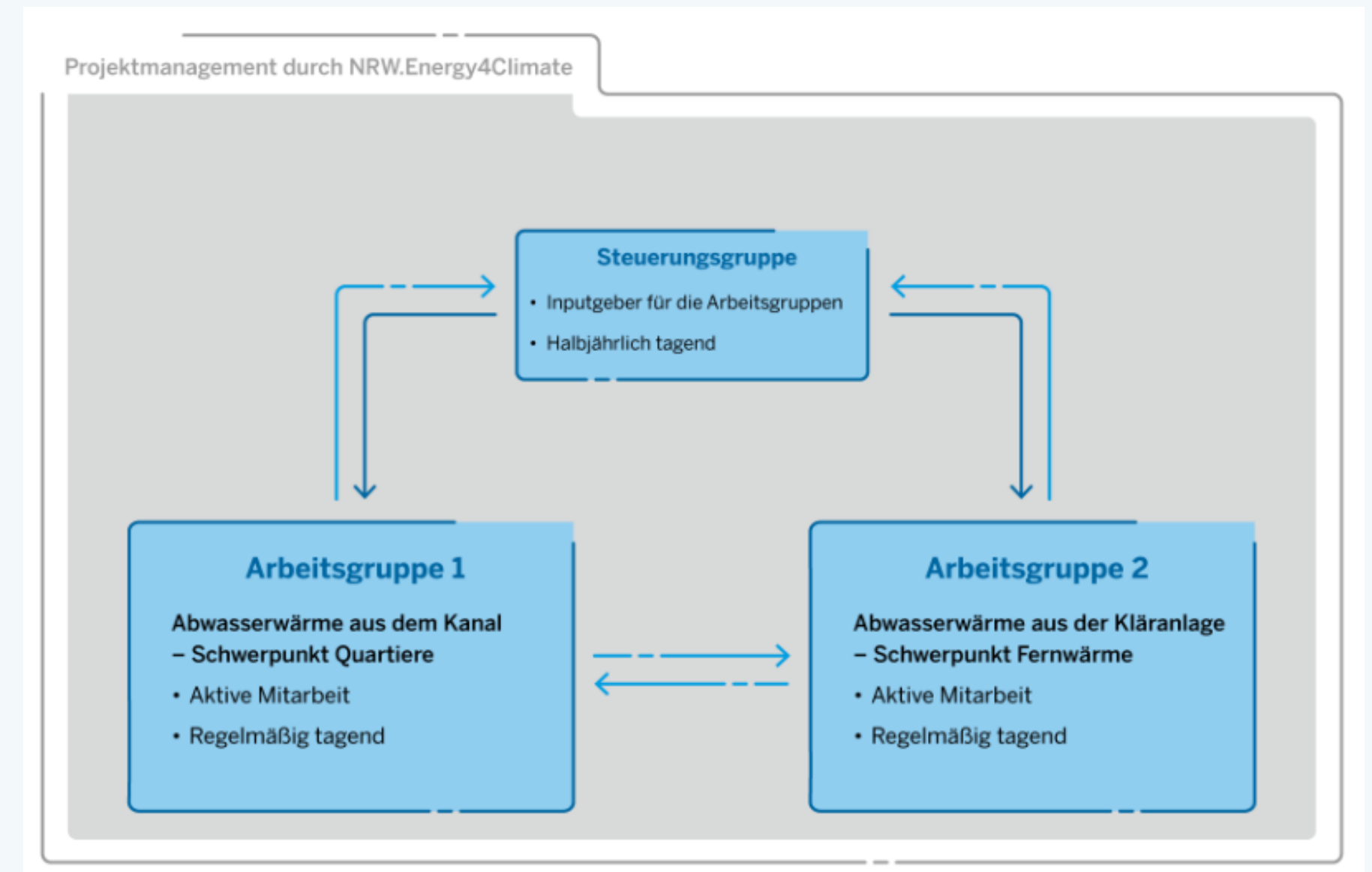
Potenzialkarten

- Motivation für Kommunen schaffen, um Energiepotenzialkarten zu erstellen
- Einheitliche Datengrundlage für Kanalnetze
- Beispiele aus Berlin, Wien und Köln

Rechtliche Hürden

- Selbstüberwachungsverordnung
- Einbindung Wärmeplanung
- Hydraulische Prüfung
- Vermarktung der Wärme (u.a. Kommunalabgabengesetz)
- Genehmigungsprozesse

Leitfaden zur Projektumsetzung



©NRW.Energy4Climate

Fragen und Diskussion

